



Nr. 48

4. Dezember 2013

Inhalt

[Zukunftsorientierte Verwaltung ohne Veränderung nicht zu haben+++](#)

[dbb zur kommenden Einkommensrunde: Arbeit beginnt jetzt+++](#)

[dbb bundesfrauenvertretung: „Mütterrente erster Schritt in die richtige Richtung“+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[CDU und FDP in NRW: Nullrunde für Beamte verhindern – Rot-Grün lehnt ab+++](#)

[dbb mecklenburg-vorpommern befürchtet: Ein Land spart sich kaputt+++](#)

[VBE Bundesversammlung bestätigt Beckmann im Amt - Schwerpunkte für 2014 beschlossen+++](#)

[DSTG sieht „Wettbewerbsföderalismus“ bei der Erbschaftsteuer kritisch+++](#)

[BDZ bekräftigt: Dem Zoll fehlen 2.000 Leute+++](#)

[DPVKOM beschließt Forderungen zur bevorstehenden Entgeltrunde+++](#)

[DPoIG sieht nur geringe Chancen für NPD-Verbot+++](#)

[BDR ruft zu vorausschauender Einstellungspolitik auf+++](#)

[VBE und DPhV zu PISA 2012: Positive Entwicklung+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Zukunftsorientierte Verwaltung ohne Veränderung nicht zu haben

(dbb) Eine effiziente und zukunftsorientierte Verwaltung erfordert nachhaltige Veränderungen – sowohl von Prozessen als auch von Strukturen. Das hat Willi Russ, Vorsitzender der dbb akademie, Zweiter Vorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion und Fachvorstand Tarifpolitik, zum Auftakt des 4. Fachkongresses „Qualität in der dienstlichen Fortbildung“ am 3. Dezember 2013 in Berlin unterstrichen. Die zweitägige Konferenz (bis 4. Dezember) wird von der dbb akademie gemeinsam mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung im Bundesinnenministerium (BAkÖV) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) veranstaltet.

Bereits 2007 hatten dbb, BMI und DGB die Vereinbarung „Für Innovationen, Fortbildung und Führungskräfteentwicklung in der Bundesverwaltung“ geschlossen. Russ verwies auch auf das 2010 beschlossene Regierungsprogramm „Vernetzte und transparente Verwaltung“. Darin sei klargestellt, dass zunehmende Komplexität und steigende Anforderungen nicht durch Einsparungen zu bewältigen sind. „Veränderungen in Organisationen geschehen nicht von selbst“, stellte Russ fest. „Initiiert, gestaltet, umgesetzt und getragen werden sie von Beschäftigten und Führungskräften, die entsprechende Qualifikationen benötigen.“ Zu diesem Veränderungsprozess der öffentlichen Verwaltung müsse die dienstliche Fortbildung entscheidend beitragen. „Dabei greift die alleinige Forderung nach mehr Finanzmitteln, mehr Ressourcen, mehr Veranstaltungen zu kurz“,

so Russ. Gefragt seien insgesamt neue Wege, ein neues Denken zur Gestaltung der dienstlichen Fortbildung und kritisches Hinterfragen altbekannter Ansätze.

Vorträge von Referenten aus Forschung, Wissenschaft und Praxis sowie Fachforen auf dem Kongress befassten sich unter anderem mit dem Thema „Wie Sie (richtig) falsche Mitarbeiter auswählen“ und „Kompetenz – Allheilmittel aus dem Wunschkatalog der Personalentwicklung: Plädoyer für die weitgehende Stilllegung eines unbrauchbaren Begriffs“. Gezeigt wurde auch der mehrfach preisgekrönte Dokumentarfilm „Work hard – play hard“ der Regisseurin und Drehbuchautorin Carmen Losmann, die sich anschließend der Diskussion stellte. (01/48/13)

dbb zur kommenden Einkommensrunde: Arbeit beginnt jetzt

(dbb) Unter der Überschrift „Die Arbeit beginnt jetzt!“ hat der dbb ein aktuelles Flugblatt veröffentlicht, das auf die kommende Einkommensrunde mit Bund und Kommunen einstimmt, die im März 2014 beginnt.

„Die Forderungen werden wir am 11. Februar 2014 gemeinsam in der Bundestarifkommission beschließen. Auch wenn die Einkommensrunde im nächsten Jahr erst später beginnt, heißt das nicht, dass wir noch bis zum Beginn des Jahres 2014 die Hände in den Schoß legen und geduldig abwarten können. Den Grundstein für die Verhandlungen müssen wir bereits jetzt legen. Gemeinsam müssen wir unsere Argumente sammeln, Überzeugungsarbeit leisten und uns auf harte Verhandlungen vorbereiten. Jetzt sind alle gefragt. Egal, ob Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer, Beamtin oder Beamter: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Bund und in den Kommunen können nur zusammen Erfolg haben“, heißt es in dem Flug-

blatt. Gemeinsam müsse für eine gerechte Entgelterhöhung gestritten werden; Spielräume dafür seien da. Über konkrete Vorstellungen zur Forderung sei man „mitten in der Diskussion“, sagt Willi Russ, Fachvorstand Tarifpolitik im dbb.

Die Arbeitgeber in Bund und Kommunen müssten durch gerechte Bezahlung, Nachwuchsgewinnung und ausreichende Personalausstattung ihren Teil dazu beitragen, dass der öffentliche Dienst in der gewohnten Qualität weiter funktionieren kann. „Das werden sie nicht von sich aus tun. Dafür müssen wir gemeinsam kämpfen“, heißt es abschließend. (02/48/13)

dbb bundesfrauenvertretung: „Mütterrente erster Schritt in die richtige Richtung“

(dbb) Die dbb bundesfrauenvertretung hat das im Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregierung angekündigte Vorhaben zur Verbesserung der Alterseinkünfte von Müttern begrüßt. „Mit dem Entschluss, die Kindererziehungszeiten von Müttern in deren Altersversorgung stärker zu berücksichtigen, geht die Koalition einen ersten Schritt in die richtige Richtung“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung am 4. Dezember 2013.

Allerdings führe die Anerkennung von nur einem zusätzlichen Rentenpunkt für Mütter, die Kinder vor 1992 geboren haben, nicht zu einer vollen Gleichbehandlung mit Elternteilen, die Erziehungsleistungen nach diesem Stichtag erbracht haben. Deren Leistung werde mit drei Rentenpunkten berücksichtigt. „Hier erwarten

wir weitere Zugeständnisse von den Gesetzgebern. Dazu gehört neben der Aufhebung der Stichtagregelung auch die systemgerechte Übertragung der zusätzlichen Leistungen in das Beamtenversorgungsrecht“, forderte Wildfeuer.
(03/48/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

CDU und FDP in NRW: Nullrunde für Beamte verhindern – Rot-Grün lehnt ab

(dbb) Mit ihrer Ablehnung eines Änderungsantrags der Opposition am 27. November 2013 im nordrhein-westfälischen Landtag zum Nachtragshaushalt 2013 bleiben SPD und Grüne dabei, einen großen Teil der Beamtenschaft in NRW von der allgemeinen Einkommensentwicklung auszuschließen.

CDU- und FDP-Fraktion hatten mit ihrem Antrag eine Forderung des DBB NRW aufgegriffen. Der DBB hatte zuletzt bei Anhörungen im Landtag gefordert, die im Haushalt vorgesehenen Personalverstärkungsmittel für die Bezüge der 230.000 Beamten und Richter zu verwenden, denen Rot-Grün bislang eine Nullrunde zumuten will.

Die Gelder stehen in dem mit der rot-grünen Mehrheit verabschiedeten Haushalt zur Verfügung. Damit könnte die absolute Nullrunde 2013 für Beamte in NRW verhindert und wenigstens ein Teil der drastisch gestiegenen

Lebenshaltungskosten aufgefangen werden. „Der Antrag der Opposition im Landtag ist ein Schritt in die richtige Richtung, um die Sonderopfer, die Landesregierung und Koalition den Beamten und Richtern zumutet, abzumildern“, sagte Meinolf Guntermann, Landesvorsitzender Chef des nordrhein-westfälischen Beamtensyndikats. „Offensichtlich will Rot-Grün weiterhin die Schuldenbremse 2020 ausschließlich über Sonderopfer für die Berufsgruppe der Beamten und Richter, die kein Streikrecht hat, erreichen.“
(04/48/13)

dbb mecklenburg-vorpommern befürchtet: Ein Land spart sich kaputt

(dbb) „Polizei-, Kreis-, Gerichtsreform, gekürzte Besoldungsanpassungen, weitere Demotivation durch Personalabbau, Vernachlässigung zusätzlicher Steuereinnahmen – das Land ist dabei sich kaputtzusparen.“ Diese Gefahr sieht der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht.

Vor 80 Delegierten und Gästen des Landesgewerkschaftstages der Deutschen Polizeige-

werkschaft in Zingst sagte Knecht am 29. November 2013, der Evaluationsbericht zur Poli-

zeistrukturreform belege, dass das Land mit dem Rückzug aus der Fläche die Demontage der Daseinsvorsorge insbesondere bei der inneren Sicherheit weiter fortsetzt. „Bürgerinnen und Bürger werden das Nachsehen haben, wenn demotivierte Polizisten verspätet am Tatort eintreffen“, so Knecht. Den Abgeordneten der Regierungskoalition riet er, „etwas weniger Marionette der Landesregierung zu sein“, denn bisher sei jede Reform schließlich auch vom Landtag meist unverändert gebilligt worden.

Alle bisherigen Reformen seien zu wenig von Experten begleitet worden, so die Kritik des

dbb Landesvorsitzenden. Reformbedarf sei ausschließlich mit sinkender Einwohnerzahl begründet worden, während die zu berücksichtigende Fläche dagegen außer Acht gelassen wurde. „Wenn es aber um die Verkleinerung des Landtages geht, die wir bereits nach der Wahl 2011 gefordert haben, dann spielen Einwohnerzahlen plötzlich keine Rolle mehr, dann argumentieren die Abgeordneten plötzlich mit der Fläche der bestehenden Wahlkreise, die auf gar keinen Fall vergrößert werden dürften. So bastelt man sich seine eigene Welt“, kritisierte Knecht.
(05/48/13)

VBE Bundesversammlung bestätigt Beckmann im Amt - Schwerpunkte für 2014 beschlossen

(dbb) Udo Beckmann ist für weitere drei Jahre zum Bundesvorsitzenden des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) gewählt worden. Auf der ordentlichen Bundesversammlung des VBE am 28. November 2013 in Dortmund wurde er mit 100 Prozent der abgegebenen Stimmen im Amt bestätigt.

Der Landesvorsitzende des VBE in NRW ist seit März 2009 zugleich Bundesvorsitzender der Lehrgewerkschaft VBE. Der studierte Grund- und Hauptschullehrer ist seit 2010 auch Mitglied des Expertenkreises „Inklusive Bildung“ der Deutschen UNESCO-Kommission. Als 1. Stellvertretender Bundesvorsitzender wurde Rolf Busch, Landesvorsitzender des Thüringer Lehrerverbandes tlV, wiedergewählt. Im Amt des Bundesschatzmeisters bestätigte die Bundesversammlung den Landesvorsitzenden des VBE Baden-Württemberg Gerhard Brand.

Zugleich beschloss die Bundesversammlung Arbeitsschwerpunkte für 2014. Die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern sieht der VBE weiterhin als vordringliche Aufgabe an. Bekräftigt wurde, dass der VBE seine Initiative gegen soziales Ranking im Lehrerberuf „Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen“ fortführen werde.

„Mit der starken Tendenz zur Zweigliedrigkeit und dem gemeinsamen Unterrichten durch Sonderpädagogen und Regelschullehrer in den

Ländern wird das Kernproblem in allen Schulstufen immer offenkundiger“, sagte Beckmann. „Die Kolleginnen und Kollegen erfüllen gleiche Aufgaben, aber werden unterschiedlich bezahlt.“ Die gleiche Lehrerbezahlung sei Verfassungsgebot. Weiter machte Beckmann klar, „der VBE fordert für den Lehrerbereich eine tarifvertragliche Eingruppierung, damit endlich Schluss ist mit der Bezahlung nach Gutsherrenart“. Dabei müsse aber klar sein, so Beckmann, dass der VBE für alle Lehrpersonen das Recht auf Verbeamtung fordere.

Im Anschluss an die VBE-Bundesversammlung fand am 29. November in Dortmund der Deutsche Lehrertag 2013 statt. Über 1 000 Lehrerinnen und Lehrer waren zu dem Weiterbildungstag gekommen, der sich unter dem Motto „Individuell fördern. Wie geht das?“ mit dem Thema der inklusiven Schule befasste. VBE-Chef Beckmann sagte: „Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen verwirklicht werden.“
(06/48/13)

DSTG sieht „Wettbewerbsföderalismus“ bei der Erbschaftsteuer kritisch

(dbb) Überlegungen, die bundeseinheitliche Erbschaftsteuer aufzugeben und den Bundesländern deren Ausgestaltung zu überlassen, hat die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) eine Absage erteilt. In einem Diskussionsbeitrag anlässlich eines Festaktes zum 50jährigen Bestehen des Deutschen Wissenschaftlichen Institutes der Steuerberater e. V. (DWS) brachte der DSTG-Bundvorsitzende und dbb Vize Thomas Eigenthaler in diesem Zusammenhang die Befürchtung zum Ausdruck, es werde eine weitere Komplizierungsstufe im deutschen Steuerrecht geben.

Es passe überhaupt nicht in die Zeit knappster Personalressourcen, in jedem Bundesland ein eigenes Erbschaftsteuerrecht zu schaffen und hinterher noch Zerlegungsverfahren zwischen den Bundesländern zu organisieren. Die negative Entwicklung im Bereich des Beamtenrechts mit inzwischen 17 unterschiedlichen Rechten in Deutschland dürfe sich bei der Erbschaftsteuer nicht wiederholen, warnte Eigenthaler. Eine solche Regionalisierung sei auch das falsche Signal nach Europa, wo man einem schädlichen Steuerwettbewerb zwischen den Staaten entgegen trete.

Aggressiver Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern schade nur. Auch passten solche Überlegungen nicht zu dem Vorhaben, mit KONSENS eine bundeseinheitliche Steuersoftware einzuführen. Ziel müsse eher sein, die Erbschaftsteuer endlich verfassungsfest zu machen. Eine breitere Bemessungsgrundlage mit niedrigen Steuersätzen könne dafür ein brauchbarer Ansatz sein. Für die Rechtsanwender im Finanzamt müsse Klarheit über Bewertungsregeln herrschen, um unnötige langwierige Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden, so der DSTG-Vorsitzende.

(07/48/13)

BDZ bekräftigt: Dem Zoll fehlen 2.000 Leute

(dbb) Mit Blick auf die im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD angekündigte Einführung eines Mindestlohns hat der BDZ erneut darauf hingewiesen, dass dem Zoll für die Kontrolle von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung Personal fehlt. „Die Einhaltung des Mindestlohns zu prüfen, ist extrem zeitaufwendig“, sagte Klaus H. Leprich, Vorsitzender der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ, dem „Tagesspiegel“ (Ausgabe vom 2. Dezember 2013). „Deshalb brauchen wir rasch neues Personal – uns fehlen rund 2.000 Leute.“

Wenn der Zoll heute kontrolliert, ob Unternehmen an Staat und Sozialkassen vorbeiwirtschaften, setzt er oft auf spektakuläre Razzien, etwa auf Baustellen. Bei der Kontrolle des Personals, seiner Papiere und Arbeitserlaubnisse lässt sich recht leicht herausfinden, wer regulär einzahlt und wer nicht. Beim Mindestlohn dürfte die Sache schwieriger werden. „Da muss man in die Unternehmen gehen und die Geschäftsunterlagen sehr detailliert prüfen“, sagte Leprich. Das gehe nur mit intensiv geschultem Personal aus dem gehobenen Dienst. Die Schwarzarbeitskontrolleure stammen heute aus dem mittleren Dienst.

Schon heute überwacht der Zoll in 15 Branchen die Einhaltung der tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen. „Die Mindestlöhne werden unterlaufen durch Scheinselbstständigkeit und Scheinwerkverträge – das wird bei einem ge-

setzlichen Mindestlohn nicht anders sein“, so Leprich. Oft gebe es Ketten von Subunternehmern, die wiederum für Subunternehmer arbeiten – de facto aber deren Angestellte sind. Bei jedem fünften Unternehmen findet der Zoll heute Missstände.

6.700 Menschen stehen bei der Behörde derzeit für Kontrollen zur Verfügung. Ernst wird es ab 2017 – dann gibt es beim Mindestlohn keine Ausnahmen mehr, jeder Arbeitgeber muss nach dem Willen der Koalitionäre dann 8,50 Euro oder mehr zahlen. Das Bundesfinanzministerium, das für den Zoll zuständig ist, will nicht sagen, wie viele zusätzliche Posten man plant. Das hänge von den Haushaltsverhandlungen ab, sagt ein Sprecher. Ohnehin wird es dauern, bis der Zoll die nötigen Fachleute findet. „Wenn der Zoll richtig gut ist, gibt es zum Start des Mindestlohns 500 neue Leute, aus

anderen Bundesverwaltungen oder durch interne Umbesetzungen“, sagte Leprich. 2.000 Leute zu mobilisieren, sei bis dahin nicht zu machen. „Der Zoll wird nicht von Anfang an in der Lage sein, flächendeckend intensiv zu prü-

fen.“ Für Probleme könnten „der Bau, Hotels und Gastronomie, Schlachtbetriebe, das Reinigungsgewerbe“ sorgen, so Leprich.
(08/48/13)

DPVKOM beschließt Forderungen zur bevorstehenden Entgeltrunde

(dbb) 5,8 Prozent mehr Entgelt, eine Mindesthöhung der Monatsentgelte um 150 Euro sowie Verlängerungen des Ausschlusses betriebsbedingter Beendigungskündigungen und des Ausgründungsschutzes bis Ende 2016 – so lauten die wesentlichen Forderungen der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) zur bevorstehenden Tarifrunde bei der Deutschen Telekom. Diese wurden vom Bundesvorstand der DPVKOM am 28. November 2013 in Königswinter-Thomasberg einstimmig beschlossen.

Die Tarifverhandlungen für die knapp 60.000 Beschäftigten der Deutschen Telekom AG, Telekom Deutschland GmbH, Deutschen Telekom Technischer Service GmbH, Deutschen Telekom Kundenservice GmbH und Deutschen Telekom Technik GmbH beginnen voraussichtlich Anfang Februar 2014. Am 31. Januar 2014 endet die Laufzeit der bisherigen Entgelttarifverträge.

Daneben beschloss der Bundesvorstand der DPVKOM, dass die Monatsvergütung der etwa 8.000 Auszubildenden um 50 Euro angehoben werden soll und dass die neuen Entgelttarifverträge eine Laufzeit von 12 Monaten haben sollen.

Nach Auffassung der DPVKOM ist diese Entgeltforderung angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens gerechtfertigt. So hat die Deutsche Telekom allein im ersten Halbjahr 2013 den Konzernüberschuss um etwa 67 Millionen Euro auf rund 1,1 Milliarden Euro steigern können. Dieser positive Trend, der sich unter anderem auch in der mittlerweile wieder vorhandenen Marktführerschaft im Mobilfunkbereich zeigt, müsse sich in den Portemonnaies der Beschäftigten und in Form sicherer Arbeitsplätze widerspiegeln.
(09/48/13)

DPoIG sieht nur geringe Chancen für NPD-Verbot

(dbb) Die Länder haben ihren NPD-Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt, warnte vor einem Scheitern des Verbotsantrags.

„Ich befürchte, dass im Lauf des Verfahrens trotz aller gegenteiligen Versicherungen doch noch ein V-Mann des Verfassungsschutzes auftaucht und das Verfahren deswegen vom Gericht gekippt wird“, sagte Wendt der „Welt“ (Ausgabe vom 3. Dezember 2013). Die Skepsis von Bundesinnenminister Hans Peter-Friedrich

in dieser Sache bezeichnete er als „klug und vollkommen richtig“. Wendt sagte: „Die Erfolgsaussichten sind äußerst gering, schon weil die immer bedeutungsloser werdende NPD keine Gefahr für die Demokratie darstellt.“
(10/48/13)

BDR ruft zu vorausschauender Einstellungspolitik auf

(dbb) Vor einer Präsidiumssitzung des Bundes Deutscher Rechtspfleger (BDR) am 5. und 6. Dezember 2013 in Hamburg hat sich der Bundesvorsitzende Wolfgang Lämmer für eine vorausschauende Einstellungspolitik ausgesprochen.

„Angesichts der demografischen Entwicklung in Deutschland muss ein attraktives Berufsbild geschaffen werden, damit die Gewinnung von geeignetem Nachwuchs auch in den nächsten schwierigen Jahren sichergestellt werden kann“, sagte Lämmer. Erforderlich sei eine umfassende Aufwertung des Rechtspflegerberufes – etwa durch die Schaffung adäquater Rahmenbedingungen wie freie Dienstzeiten und angemessene Besoldung.

Rechtspfleger arbeiten an Gerichten und Staatsanwaltschaften und sind dort mit vielfäl-

tigen Aufgaben betraut, wie zum Beispiel Betreuungsvorfahren, Insolvenzverfahren, Zwangsversteigerungen und Grundbuchsachen. „Gerade im Grundbuchgericht sind hochqualifizierte Entscheider unabdingbar zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland“, so Lämmer.

Präsidiumssitzungen des Bundes Deutscher Rechtspfleger finden zweimal jährlich statt. (11/48/13)

VBE und DPhV zu PISA 2012: Positive Entwicklung

(dbb) Die Lehrerverbände VBE (Verband Bildung und Erziehung) und DPhV (Deutscher Philologenverband) im dbb haben am 3. Dezember 2013 die Ergebnisse der jüngsten PISA-Studie positiv bewertet, aber weiteren Handlungsbedarf konstatiert.

„Die Ergebnisse von PISA 2012 zeigen, dass der PISA-Schock im Bildungsbereich zu nachhaltig positiven Entwicklungen führte“, stellte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann fest. „Das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer, den Unterricht zu verbessern und auf die Stärken und Schwächen ihrer Schüler einzugehen, findet in den aktuellen PISA-Ergebnissen verdiente Anerkennung. Vor allem gelingt es offenbar tendenziell, den Zusammenhang zwischen Bildungsergebnissen und sozialer Herkunft abzuschwächen. Klar ist aber auch, dass diese Entwicklung beharrlich fortgeführt werden muss. Für den VBE ist es wichtig, den bestehenden Konsens in der Gesellschaft, jedem Schüler Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe zu gewährleisten, bildungspolitisch noch konsequenter umzusetzen.“ Es sei kritisch, so Beckmann, dass einer von zehn 15-Jährigen nicht die Grundkompetenzen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften erreiche und sich das Problem insbesondere auf Schüler mit Migrationshintergrund konzentriere.

Beckmann weiter: „Die aktuelle PISA-Studie bietet keinen Grund, dass sich die Politik zurücklehnt. Der neue Koalitionsvertrag ist vor dem Hintergrund der weiterhin bestehenden Probleme im deutschen Bildungssystem in Sachen Bildungsgerechtigkeit das Papier nicht wert, auf dem er steht. Die entscheidende Frage, wie Bund, Länder und Kommunen gemeinsam das Ziel einer Bildungsrepublik anpacken, bleibt ohne Antwort.“

Als Bestätigung des bereits seit 2003 erkennbaren positiven Trends hat der Vorsitzende des DPhV, Heinz-Peter Meidinger, die Ergebnisverbesserung deutscher Schülerinnen und Schüler bei PISA 2012 gewertet. Damit sei nach PISA-Kriterien Deutschland im getesteten Schwerpunktgebiet Mathematik in das beste Viertel der beteiligten Staaten vorgestoßen und liege deutlich oberhalb des Mittelfelds.

Besonders erfreulich sei, dass auch in den Bereichen Bildungsgerechtigkeit und Resilienz (gute Leistungen trotz ungünstigen sozioökonomischen Familienhintergrunds) signifikante Fortschritte erzielt worden seien. Als auffallend bezeichnete Meidinger, dass die ehemals fast ausschließlich in der Spitzengruppe befindlichen skandinavischen Länder mit Ausnahme von Finnland alle deutlich hinter Deutschland zurückgefallen seien, während mittlerweile ostasiatische Staaten unter den zehn Ländern der Spitzengruppe mit sieben vertreten seien. „Das darf aber nicht bedeuten, dass wir uns in Deutschland zukünftig an der Drillschule asiatischer Prägung orientieren. PISA ist nicht der alleinige Maßstab für Bildungsqualität.“ Qualitätsvolle zukunftsorientierte Bildung umfasse auch ethische, kulturelle, musische, gesellschaftswissenschaftliche und ökonomische Bildung, dazu zähle notwendigerweise auch die Werte- und Persönlichkeitserziehung, so Meidinger. (12/48/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) In einem Spitzengespräch zwischen Vertretern des **dbb**, des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Hessen (KAV Hessen) und des Arbeitgebers konnte am 29. November 2013 in Wiesbaden der Weg für Tarifverhandlungen zur Überleitung der Beschäftigten der Wiesbadener Busgesellschaft (WiBus) mbH in den Tarifvertrag Nahverkehrsbetriebe Hessen (TV-N Hessen) geebnet werden. Zwischen den Gesprächspartnern wurde vereinbart, im Januar 2014 Tarifverhandlungen zum Überleitungsvertrag aufzunehmen. Erste Ergebnisse sollen bereits im ersten Quartal 2014 erreicht werden. Ziel des dbb in den Tarifverhandlungen ist es, für die Mitglieder der Nahverkehrsgewerkschaft NahVG eine Sicherung der jeweiligen individuellen Besitzstände bei der Überleitung zu erreichen.

Die Einigung bei den Tarifverhandlungen für Lehrkräfte in Sachsen ist von der dbb jugend mit den Worten begrüßt worden: „Richtung stimmt, Eingruppierung fehlt“. Nach langen Verhandlungsrunden hatten sich dbb und GEW am 27. November 2013 mit der sächsischen Staatsregierung in Dresden auf deutlich verbesserte Arbeits- und Einkommensbedingungen für die Lehrkräfte des Landes geeinigt. **Marco Karbach**, stellvertretender Vorsitzender der dbb jugend, sagte: „Neben dem verbindlichen Tarifvertrag zur Altersteilzeit und den Verbesserungen bei der Eingruppierung für viele Lehrkräfte sind die vereinbarten Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität des Lehrerberufs und zur Nachwuchsgewinnung wichtige Schritte in die richtige Richtung.“ Die Tarifparteien einigten sich unter anderem auf eine Anhebung des monatlichen Anwärtergrundbetrags für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst zum 1. Januar 2015 um 40 Euro. „Ohne vernünftige Eingruppierungsregelungen wird es aber keine Befriedung in den Lehrerräumen geben, auch wenn wir jetzt einige wichtige Fortschritte erzielen konnten“, so Karbach. „Wir erwarten, dass sich die Staatsregierung wie zugesagt in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) für ein Ende der Lehrerbezahlung nach Gutsherrenart stark macht.“

Das Land Baden-Württemberg räumt seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr Mit-

sprache ein: Mit der Mehrheit der grün-roten Koalitionsfraktionen hat der Landtag am 27. November 2013 das novellierte Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) verabschiedet. Die Opposition stimmte geschlossen dagegen. Der baden-württembergische Beamtenbund **BBW** begrüßte das Votum für das neue LPVG, erklärte aber, die Novelle gehe nicht weit genug. Das Ziel, die Eigenverantwortung der Dienststellen und der Personalvertretungen vor Ort zu stärken und Mitbestimmungsrechte zeitgemäß auszugestalten, habe die Landesregierung nur bedingt erreicht. Es sei bedauerlich, dass Grün-Rot jetzt die Chance nicht genutzt habe, die bisherige Struktur des LPVG umfassend zu novellieren und sämtliche Beteiligungstatbestände der Anhörung, Mitwirkung und eingeschränkten Mitbestimmung in die volle Mitbestimmung zu überführen, kommentierte der BBW das Gesetzgebungsverfahren.

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) rechnet für den Winter mit großen Problemen bei der Deutschen Bahn. „Für Passagiere wird es schlimmer als jeder Lokführerstreik“, zitierte das Nachrichtenmagazin „Focus“ (Ausgabe vom 2. Dezember 2013) den GDL-Vorsitzenden und dbb Vize **Claus Weselsky**. Die Bahn benötige zudem 800 zusätzliche Lokführer. Laut „Focus“ schließt die Gewerkschaft zudem im Tarifstreit Streiks für den Jahresbeginn nicht aus.

Die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) fordert europäische Sozialstandards für Paketdienste. Die Europäische Kommission hatte am 26. November 2013 eine „Roadmap“ über Paketzustelldienste veröffentlicht, die weitere Schritte zur Regulierung des Paketmarktes in Europa beschreibt. Brüssel will damit den elektronischen Handel, das Einkaufen im Internet, einfacher und auch über die Grenzen der EU-Mitgliedstaaten hinweg billiger und sicherer machen. Die DPVKOM sorgt sich vor diesem Hintergrund um die Qualität der Arbeitsplätze. „Wir haben bereits heute viel zu viel prekäre Beschäftigung, Lohn- und Sozialdumping bei den Paketzustelldiensten. Diese Entwicklung darf sich nicht weiter fortsetzen. Im Gegenteil, sie muss umgekehrt werden. Hier ist auch Europa in der Pflicht“, erklärte der Vorsitzende der DPVKOM, **Volker Geyer**. Die

DPVKOM fordert gesetzliche Mindestregelungen für die Branche. Die EU solle die Mitgliedstaaten zur Einführung solcher Mindestbedingungen verpflichten.

Die DPolG Bundespolizeigewerkschaft hat den Vorschlag begrüßt, die Auflagen für Gäste-Fans bei der Anreise zu Problemfußballspielen zu verschärfen. Das hatte der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius, zur Eindämmung der Fußballgewalt vorgeschlagen. „Wenn die Vereine und Fanprojekte überfordert oder nicht willens sind, muss die Politik dem Wahnsinn ein Ende bereiten, bevor die Gewalt weiter eskaliert“, so **Ernst G. Walter**, Vorsitzender der DPolG Bundespolizeigewerkschaft, am 3. Dezember 2013. Pistorius hatte angekündigt, sich bei der Innenministerkonferenz (4. bis 6. Dezember in Osnabrück) für das so genannte „holländische Modell“ bei Hochrisikospiele einzusetzen. Dieses habe sich in den Niederlanden bewährt. Fans erhalten demnach ihre Karten für derartige Spiele erst am Spielort nach ihrer Identifizierung ausgehändigt und müssen zusätzlich eine geregelte Anreise, etwa mit Sonderbussen, nachweisen. Dies halte die DPolG Bundespolizeigewerkschaft für „genau den richtigen Weg“. Laut Walter musste die Bundespolizei allein in der letzten Spielsaison 2.828 Straftaten, etwa wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung, Verstöße gegen das Sprengstoffgesetz, Sachbeschädigung und Beleidigung aufnehmen und zahllose Identitätsfeststellungen durchführen.

Bundesinnenminister **Hans-Peter Friedrich** hält die Vergleichbarkeit von Besoldung und Versorgung für zunehmend schwieriger. Die Spreizung in der Bezahlung aktiver Beamter - in einigen Besoldungsgruppen liegt sie etwa zwischen dem Bund und dem Land Berlin in zwischen bei über 20 Prozent – bezeichnete Friedrich im Gespräch mit dem „dbb magazin“ (Ausgabe Dezember 2013) als „moderat“. „Die Unterschiede in der Besoldung und Versorgung haben sich im letzten Jahr nicht wesentlich verändert“, sagte er. „Ein Trend zeigt sich aber deutlich: Die Vergleichbarkeit von Besoldung und Versorgung wird zunehmend schwieriger, weil sich die Einzelbausteine, aus denen sich Besoldung und Versorgung zusammensetzen, in den Ländern unterscheiden“, erläuterte Friedrich und führte Personalstrukturen, Arbeitszeiten und Zulagen an, die beispielsweise in Berlin andere seien als in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hessen. „Kritisch sehe ich allerdings, dass einige Länder die Bezahlungen von Beamten und Tarifbeschäftigten voneinander abkoppeln und dadurch das Besoldungsgefälle zwischen den Ländern und dem Bund verstärken“, räumte Friedrich ein.

(13/48/13)